

1. Geltungsbereich

Alle Lieferungen und die damit im Zusammenhang stehenden Leistungen erfolgen ausschließlich auf der Grundlage dieser Verkaufsbedingungen. Hinweisen des Käufers auf seine Geschäftsbedingungen wird hiermit widersprochen.

2. Angebot und Annahme

Die Angebote des Verkäufers sind nicht bindend, sondern als Aufforderung an den Käufer zu verstehen, dem Verkäufer ein Kaufangebot zu machen. Der Vertrag kommt durch die Bestellung des Käufers (Angebot) und die Annahme des Verkäufers zustande. Weicht diese von der Bestellung ab, gilt dies als neues freibleibendes Angebot des Verkäufers.

Bestellungen des Käufers gelten erst dann als angenommen, wenn der Verkäufer sie schriftlich bestätigt hat. Wenn der Verkäufer einen mündlich oder fernmündlich geschlossenen Vertrag nicht besonders schriftlich bestätigt, gilt die vom Verkäufer erteilte Rechnung als Bestätigung.

3. Produktbeschaffenheit, Muster und Proben, Garantien

(1)

Soweit nicht anders vereinbart, ergibt sich die Beschaffenheit der Ware ausschließlich aus den Produktspezifikationen des Verkäufers.

(2)

Beschaffenheits- und Haltbarkeitsangaben sowie sonstige Angaben sind nur dann Garantien, wenn sie als solche vereinbart und bezeichnet werden.

4. Preise:

(1)

Sollte der Verkäufer in der Zeit zwischen Vertragsschluss und Lieferung seine Preise für das zu liefernde Produkt oder die Zahlungsbedingungen allgemein ändern, so ist der Verkäufer berechtigt, die am Liefertag geltenden Preise oder Zahlungsbedingungen anzuwenden. Im Fall einer Preiserhöhung ist der Käufer berechtigt, innerhalb von 14 Tagen nach Mitteilung der Preiserhöhung vom Vertrag zurückzutreten.

(2)

Die Forderungen des Verkäufers sind grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen netto nach Rechnungserhalt zur Zahlung fällig, soweit nicht ein anderes Zahlungsziel schriftlich vereinbart wurde.

(3)

Wechsel oder Schecks nimmt der Verkäufer nur aufgrund besonderer Vereinbarungen und stets nur zahlungshalber an. Diskont- und Wechselspesen gehen zu Lasten des Käufers und sind sofort fällig.

Es erfolgt grundsätzlich keine Übernahme der Bankgebühren des Käufers. Sollten diese dem Verkäufer entstanden sein, kann er diese dem Käufer in Rechnung stellen.

(4)

Wird der Rechnungsbetrag nicht binnen längstens 30 Kalendertagen ab Rechnungsdatum oder zum anderweitigen Fälligkeitstermin ausgeglichen, ist der Verkäufer berechtigt, Verzugszinsen in nachgewiesener Höhe, mindestens aber in Höhe von 3% über dem Basiszinssatz der EZB zu berechnen, ohne dass es einer besonderen Mahnung bedarf.

(5)

Wenn beim Käufer kein ordnungsgemäßer Geschäftsbetrieb mehr gegeben ist, insbesondere bei ihm gepfändet wird, ein Scheck- oder Wechselprotest stattfindet oder Zahlungsstockung oder gar Zahlungseinstellung eintritt oder von ihm ein gerichtliches Insolvenzverfahren oder ein Verfahren nach der Insolvenzordnung beantragt wird, ist der Verkäufer berechtigt, alle seine Forderungen aus der Geschäftsverbindung sofort fällig zu stellen, auch wenn der Verkäufer Wechsel oder Schecks angenommen hat. Dasselbe gilt, wenn der Käufer mit seinen Zahlungen an den Verkäufer in Verzug gerät oder andere Umstände bekannt werden, die seine Kreditwürdigkeit zweifelhaft erscheinen lassen. Außerdem ist der Verkäufer in einem solchen Fall berechtigt, Vorauszahlungen oder Sicherheitsleistung zu verlangen oder vom Vertrag zurückzutreten.

(6)

Bei Lieferungen und Leistungen in der EU hat der Käufer dem Verkäufer vor der Ausführung des Umsatzes seine jeweilige USt.- Identifikationsnummer mitzuteilen, unter der er die Erwerbsbesteuerung innerhalb der EU durchführt.

Bei nicht-elektronischen Ausfuhranmeldungen bezüglich der Lieferungen und Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland in Länder außerhalb der EU, die nicht vom Verkäufer durchgeführt oder veranlasst wurden, hat der Käufer dem Verkäufer den steuerlich erforderlichen Ausfuhrnachweis beizubringen. Wird der Nachweis nicht erbracht, hat er zusätzlich die für die Leistung innerhalb Deutschlands zu erhebende Umsatzsteuer vom Rechnungsbetrag zu bezahlen.

(7)

Bei Rückgaben aus geringfügigen Falschbestellungen seitens des Käufers werden 85 % des Nettowarenwertes gutgeschrieben, 15 % des Warenwerts werden für die Lagerrückführung von der Gutschrift abgezogen und als Kostenbeitrag berechnet. Dies gilt bei sofortiger und unbeschädigter Rückgabe der Ware und nur für Produkte des WILPU Sortiments, die der aktuellen, gängigen Ausführung entsprechen. Ansonsten ist eine Gutschrift grundsätzlich nicht möglich.

Waren, die vor 6 Monaten und länger bezogen wurden, sind von der Rückgabe ausgeschlossen.

Die Rücknahme von Waren in Eigenaufmachung ist zu keinem Zeitpunkt möglich.

5. Lieferung und Rücknahme von Verpackungen:

(1)

Die Lieferung erfolgt nach Maßgabe der im Einzelvertrag festgelegten Handelsklauseln, für deren Auslegung die INCOTERMS in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung Anwendung finden. Sofern keine ausdrückliche Vereinbarung getroffen wurde, erfolgen die Lieferungen ab Werk (EXW).

Erfolgt die Lieferung innerhalb Deutschlands, so trägt der Käufer die Kosten für eine eventuelle Rücknahme (Transport zur Übergabestelle und Entsorgung) der Verpackung. Der Ort der Rückgabe ist die Adresse der vom Verkäufer benannten Entsorgungsstelle.

(2)

Die Ware wird stets unversichert und in jedem Fall auf Gefahr des Käufers transportiert. Dies gilt auch bei frachtfreier Lieferung und unabhängig davon, welches Transportmittel verwendet wird. Eine Transportversicherung wird nur auf ausdrücklichen Wunsch des Käufers abgeschlossen. Hieraus erwachsende Kosten gehen allein zu Lasten des Käufers.

(3)

Die Wahl des Versandortes und des Beförderungsweges sowie des Transportmittels erfolgt mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung durch den Verkäufer nach billigem Ermessen, ohne Übernahme einer Haftung für billigste und schnellste Beförderung.

(4)

Stellt der Käufer das Transportmittel, so ist er für die pünktliche Bereitstellung verantwortlich. Etwaige Verspätungen sind dem Verkäufer unverzüglich mitzuteilen. Daraus entstehende Kosten trägt der Käufer.

(5)

Die Lieferverpflichtung des Verkäufers steht stets unter dem Vorbehalt rechtzeitiger und ordnungsgemäßer Eigenbelieferung.

(6)

Angegebene Liefer- und Abladezeiten sind stets unverbindlich, wenn nicht ausdrücklich schriftlich etwas anderes vereinbart wird.

(7)

Lieferhemmnisse wegen höherer Gewalt oder aufgrund von unvorhergesehenen und nicht vom Verkäufer zu vertretenden Ereignissen, wie etwa auch Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung, behördliche Anordnungen, nachträglicher Wegfall von Ausfuhr- oder Einfuhrmöglichkeiten und der Eigenbelieferungsvorbehalt des Verkäufers gemäß vorstehendem Abs. (6) entbinden den Verkäufer für die Dauer und den Umfang ihrer Einwirkung von der Verpflichtung, etwa vereinbarte Liefer- oder Abladezeiten einzuhalten.

(8)

Wird eine vereinbarte Liefer- oder Abladezeit überschritten, ohne dass ein Lieferhemmnis gemäß vorstehendem Absatz (7) vorliegt, so hat der Käufer dem Verkäufer schriftlich eine angemessene Nachfrist von mindestens zwei Wochen einzuräumen. Wird auch diese Nachfrist vom Verkäufer schuldhaft nicht eingehalten, ist der Käufer zum Rücktritt vom Vertrag, nicht hingegen zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus Nichterfüllung oder Verzug, berechtigt, es sei denn, dass den Verkäufer Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit trifft.

6. Transportschäden

Beanstandungen wegen Transportschäden hat der Käufer unmittelbar gegenüber dem Transportunternehmen mit Kopie an den Verkäufer innerhalb der dafür vorgesehenen Fristen anzuzeigen.

7. Beachtung gesetzlicher Bestimmungen:

(1)

Soweit im Einzelfall nicht anders vereinbart, ist der Käufer für die Beachtung gesetzlicher und behördlicher Vorschriften über Einfuhr, Transport, Lagerung und Verwendung der Ware verantwortlich.

(2)

Der Käufer versichert, dass er im Rahmen der Geschäftsbeziehung mit dem Verkäufer (insbesondere bei der Verwendung der Vertragsprodukte und deren Verpackungen) stets in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Rechtsnormen (insbesondere unter Beachtung aller steuer- und devisarechtlichen Bestimmungen) handelt.

8. Rechte des Käufers bei Mängeln:

(1)

Der Käufer ist verpflichtet die Ware bei Anlieferung am vereinbarten Bestimmungsort unverzüglich

a)

nach Stückzahl, Gewichten und Verpackung zu untersuchen und etwaige Beanstandungen auf dem Lieferschein oder Frachtbrief bzw. der Empfangsmittelteilung zu vermerken, und

b)
mindestens stichprobenweise, repräsentativ, eine Qualitätskontrolle vorzunehmen, hierzu in angemessenem Umfang die Verpackung zu öffnen und die Ware selbst zu prüfen.

(2)
Bei der Rüge etwaiger Mängel sind vom Käufer die nachstehenden Formen und Fristen zu beachten:

a)
Die Rüge hat bis zum Ablauf des Werktages zu erfolgen, der auf die Anlieferung der Ware am vereinbarten Bestimmungsort bzw. ihrer Übernahme folgt. Bei der Rüge eines verdeckten Mangels, der trotz ordnungsgemäßer Erstuntersuchung gemäß vorstehendem Abs. (1) zunächst unentdeckt geblieben ist, gilt eine abweichende Fristenregelung, wonach die Rüge bis zum Ablauf des auf die Feststellung folgenden Werktages zu erfolgen hat, längstens aber binnen zwei Wochen nach Anlieferung der Ware bzw. deren Übernahme.

b)
Die Rüge muss dem Verkäufer innerhalb der vorgenannten Fristen schriftlich zugehen. Eine fernmündliche Mängelrüge reicht nicht aus. Mängelrügen gegenüber Handelsvertretern, Maklern oder Agenten sind unbeachtlich.

c)
Aus der Rüge müssen Art und Umfang des behaupteten Mangels eindeutig zu entnehmen sein.

d)
Der Käufer ist verpflichtet, die beanstandete Ware am Bestimmungsort zur Besichtigung durch den Verkäufer, den Lieferanten des Verkäufers oder vom Verkäufer beauftragte Sachverständige bereitzuhalten. Daran anschließend, ergänzend oder davon abweichend können Verkäufer und Käufer durch eine individuelle, schriftliche Abrede die Untersuchung der beanstandeten Ware durch den Verkäufer, was Art, Umfang, Ort und Zeitpunkt betrifft regeln.
Die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen trägt der Verkäufer nur insoweit, als sie nach Satz 1 oder einer nach Satz 2 getroffenen Regelung für die Mängelbeseitigung notwendig waren. Unbeschadet weitergehender Ansprüche des Verkäufers hat der Käufer im Falle einer unberechtigten Mängelrüge dem Verkäufer die Aufwendung zur Untersuchung nach Satz 1, Satz 2 und – soweit verlangt – zur Beseitigung des Mangels zu ersetzen.
Erst nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Verkäufers hat der Käufer bei einer Mängelrüge das Recht, den Kaufgegenstand auf Kosten des Verkäufers an diesen zu versenden bzw. rückzusenden.

(3)
Beanstandungen in Bezug auf Stückzahl, Gewichte und Verpackung der Ware sind ausgeschlossen, sofern es an dem nach vorstehendem Abs. (1) (a) erforderlichen Vermerk auf Lieferschein oder Frachtbrief bzw. Empfangsquittung fehlt. Ferner ist jegliche Reklamation ausgeschlossen, sobald der Käufer die gelieferte Ware vermischt, weiterverwendet, weiterveräußert oder mit ihrer Be- oder Verarbeitung begonnen hat.

(4)
Nicht form- und fristgerecht bemängelte Ware gilt als genehmigt und abgenommen.

(5)
Ist die Ware mangelhaft und hat der Käufer dies dem Verkäufer gemäß § 9 Ziffer 1 ordnungsgemäß angezeigt, so stehen dem Käufer die gesetzlichen Rechte mit folgenden Maßgaben zu:

a)
Der Verkäufer hat zunächst das Recht, nach seiner Wahl entweder den Mangel zu beseitigen oder dem Käufer eine mangelfreie Ware zu liefern (Nacherfüllung).

b)
Der Verkäufer behält sich zwei Nacherfüllungsversuche vor. Sollte die Nacherfüllung fehlschlagen oder dem Käufer unzumutbar sein, so kann der Käufer entweder vom Vertrag zurücktreten oder eine Minderung des Kaufpreises verlangen.

c)
Für Ansprüche auf Schadenersatz und auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen wegen eines Mangels gilt Ziffer 10.

(6)
Mängelansprüche des Käufers verjähren nach Ablauf eines Jahres ab Ablieferung der Ware.
Anstelle dieser Einjahresfrist gelten in den folgenden Fällen die gesetzlichen Verjährungsfristen:

a)
im Falle der Haftung wegen Vorsatzes,

b)
im Fall des arglistigen Verschweigens eines Mangels,

c)
für Ansprüche wegen Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit, die auf einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Verkäufers oder einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Verkäufers beruhen,

d)
für Ansprüche wegen sonstiger Schäden, die auf einer grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Verkäufers oder auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen des Verkäufers beruhen, und

e)
im Falle des Rückgriffs des Käufers aufgrund der Vorschriften über den Verbrauchsgüterkauf.

9. Haftung

Der Verkäufer haftet für Schäden grundsätzlich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Im Falle der einfach fahrlässigen Verletzung wesentlicher Vertragspflichten beschränkt sich die Haftung des Verkäufers jedoch auf den Ersatz typischer, vorhersehbarer Schäden; im Falle einfach fahrlässiger Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ist eine Haftung der Verkäufers ausgeschlossen.

Vorstehende Haftungsbeschränkungen gelten nicht bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

10. Aufrechnung

Der Käufer kann gegen Ansprüche des Verkäufers nur mit einer unbestrittenen oder rechtskräftig gestellten Gegenforderung aufrechnen.

11. Eigentumsvorbehalt

(1)
Die von dem Verkäufer gelieferte Ware bleibt Eigentum des Verkäufers, bis der Käufer sämtliche Forderungen aus der Geschäftsverbindung – auch Saldoforderungen aus Kontokorrent sowie aus Refinanzierungs- oder Umkehrwechseln – beglichen hat.

(2)
Der Käufer ist berechtigt, die von dem Verkäufer gelieferte Ware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang zu veräußern. Die hiernach eingeräumte Berechtigung erlischt insbesondere in den vorstehend in § 4 (5) genannten Fällen. Darüber hinaus ist der Verkäufer berechtigt, die Veräußerungsbefugnisse des Käufers durch schriftliche Erklärung zu widerrufen, wenn er mit der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Verkäufer und insbesondere mit seinen Zahlungen in Verzug gerät oder sonstige Umstände bekannt werden, die seine Kreditwürdigkeit zweifelhaft erscheinen lassen.

(3)
Für das Recht des Käufers, die von dem Verkäufer gelieferte Ware zu verarbeiten, gelten die Beschränkungen des vorstehenden Abs. 2 entsprechend. Durch die Verarbeitung erwirbt der Käufer kein Eigentum an den ganz oder teilweise hergestellten Sachen; die Verarbeitung erfolgt unentgeltlich ausschließlich für den Verkäufer als Hersteller im Sinne von § 950 BGB. Sollte der Eigentumsvorbehalt des Verkäufers dennoch durch irgendwelche Umstände erlöschen, so sind der Käufer und der Verkäufer sich schon jetzt darüber einig, dass das Eigentum an den Sachen mit der Verarbeitung auf den Verkäufer übergeht, der Verkäufer die Übereignung annimmt und der Käufer unentgeltlicher Verwahrer der Sachen bleibt.

(4)
Wird die Vorbehaltsware des Verkäufers mit noch im Fremdeigentum stehenden Waren verarbeitete oder untrennbar vermischt, erwirbt der Verkäufer Miteigentum an den neuen Sachen oder dem vermischten Bestand. Der Umfang des Miteigentums ergibt sich aus dem Verhältnis des Rechnungswertes der vom Verkäufer gelieferten Vorbehaltsware zum Rechnungswert der übrigen Ware.

(5)
Waren, an denen der Verkäufer gemäß der vorstehenden Abs. (3) und (4) Eigentum oder Miteigentum erwirbt, gelten, ebenso wie die vom Verkäufer gemäß vorstehendem Abs. (1) unter Eigentumsvorbehalt gelieferten Ware, als Vorbehaltsware im Sinne der nachfolgenden Bestimmungen.

(6)
Der Käufer tritt bereits jetzt die Forderung aus einem Weiterverkauf der Vorbehaltsware an den Verkäufer ab. Zu den Forderungen aus einem Weiterverkauf zählt auch die Forderung gegen die Bank, die im Rahmen des Weiterverkaufs ein Akkreditiv zu Gunsten des Käufers (=Wiederverkäufers) eröffnet hat oder bestätigt. Der Verkäufer nimmt diese Abtretung hiermit an. Handelt es sich bei der Vorbehaltsware um ein Verarbeitungsprodukt oder um einen vermischten Bestand, worin neben vom Verkäufer gelieferter Ware nur solche Gegenstände enthalten sind, die entweder dem Käufer gehörten oder aber ihm von Dritten nur unter dem sogenannten einfachen Eigentumsvorbehalt geliefert worden sind, so tritt der Käufer die gesamte Forderung aus Weiterveräußerung der Ware an den Verkäufer ab. Im anderen Falle, also bei einem Zusammentreffen von Vorauszessionen an den Verkäufer und andere Lieferanten steht dem Verkäufer ein Bruchteil des Veräußerungserlöses zu, und zwar entsprechend dem Verhältnis des Rechnungswertes der Ware des Verkäufers zum Rechnungswert der anderen verarbeiteten oder vermischten Ware.

(7)
Soweit die Forderungen des Verkäufers insgesamt durch die vorstehend erklärten Abtretungen bzw. Vorbehalte zu mehr als 125% zweifelsfrei besichert sind, wird der Überschuss der Außenstände bzw. der Vorbehaltsware auf Verlangen des Käufers nach der Auswahl des Verkäufers freigegeben.

(8)
Der Käufer ist ermächtigt, die Außenstände aus Weiterveräußerung der Ware einzuziehen. Die Einzugsermächtigung entfällt, wenn bei dem Käufer im Sinne der Regelung im vorstehenden § 4 (5) kein ordnungsgemäßer Geschäftsgang mehr gegeben ist. Darüber hinaus kann der Verkäufer die Einziehungsermächtigung des Käufers widerrufen, wenn er mit der Erfüllung seiner Pflichten dem Verkäufer gegenüber, insbesondere mit seinen Zahlungen in Verzug gerät oder sonstige Umstände bekannt werden, die seine Kreditwürdigkeit zweifelhaft erscheinen lassen. Entfällt die Einziehungsermächtigung

oder wird sie von dem Verkäufer widerrufen, hat der Käufer dem Verkäufer auf sein Verlangen unverzüglich die Schuldner der abgetretenen Forderungen mitzuteilen und dem Verkäufer die zur Einziehung erforderlichen Auskünfte und Unterlagen herauszugeben.

(9)

Bei Zugriffen Dritter auf die Vorbehaltsware des Verkäufers oder die dem Verkäufer abgetretenen Außenstände ist der Käufer verpflichtet, auf das Eigentum des Verkäufers/das Recht des Verkäufers hinzuweisen und den Verkäufer unverzüglich zu benachrichtigen. Die Kosten hierfür trägt der Käufer.

(10)

Bei vertragswidrigem Verhalten, insbesondere Zahlungsverzug ist der Käufer verpflichtet, auf das erste Auffordern des Verkäufers, die bei ihm noch befindliche Vorbehaltsware herauszugeben und etwaige, gegen Dritte bestehende Herausgabeansprüche wegen der Vorbehaltsware an den Verkäufer abzutreten. In der Zurücknahme sowie der Pfändung von Vorbehaltsware durch den Verkäufer liegt kein Rücktritt vom Vertrag.

(11)

Der Verkäufer kann in den Fällen des vorstehenden § 4 (5) vom Käufer verlangen, dass er dem Verkäufer die durch Weiterveräußerung entstehenden und gemäß § 11 (6) an den Verkäufer abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt. Sodann ist der Verkäufer berechtigt, die Abtretung nach seiner Wahl offenzulegen.

12. Zahlungsort/Erfüllungsort:

(1)

Unabhängig von dem Ort der Übergabe der Ware oder der Dokumente ist Erfüllungsort für die Zahlungspflicht des Käufers der Sitz des Verkäufers.

(2)

Erfüllungsort für die Lieferung der Ware ist der jeweilige Bestimmungsort.

13. Schlussbestimmungen:

(1)

Zu Gunsten des Verkäufers ist Wuppertal für alle Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis Gerichtsstand.

(2)

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Internationales Kaufrecht ist ausgeschlossen. Das gilt ausdrücklich auch für die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Verträge über den internationalen Warenverkauf (CISG).

(3)

Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages berührt nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen.